

Redebeitrag

Plenum, 23.11.2015

Dok.86-(2015-2016) Dekretentwurf zur Umsetzung der Richtlinie 2014/107/EU des Rates vom 09. Dezember 2014 zur Änderung der Richtlinie 2011/16/EU bezüglich der Verpflichtung zum automatischen Austausch von Informationen im Bereich der Besteuerung

-Michael Balter-

-Es gilt das gesprochene Wort-

Kollegen und Kolleginnen,
Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger der DG,

Wieder einmal wird unter dem Deckmantel der Steuerkontrolle und zum angeblichen Schutz vor Steuerflucht eine EU Richtlinie eingeführt, die nicht nur den Datenschutz auf die Probe stellt, wie zahlreiche Institute aus Österreich und Deutschland dies bewerten, sondern auch die Freiheit des Einzelnen.

Betroffen wird jede Person sein, die Inhaberin eines Bankkontos ist. Personenbezogene Daten, die bisher unter das Bankgeheimnis vielen, sind künftig nicht mehr im selben Umfang gegenüber öffentlicher Behörden geschützt.

Damit verbunden ist ein erhöhter Zeit- und Kostenaufwand sowie ein erhöhter Dokumentations- und Rechtfertigungsaufwand für Abgabepflichtige.

Dabei haben gerade diejenigen die ganz oben in Brüssel an der Macht sind, der Großindustrie geholfen Steuerflucht zu begehen.

Hierzu eine kurze Erklärung:

Bereits seit 1977 gibt es einen Beschluss des Rates der Mitgliedstaaten, welcher einen Informationsaustausch zwischen den Fiskalbehörden vorsieht.

Konkret den Beschluss vom 19/12/1977. Dieser wurde 2011 angepasst und wird nun durch diese Richtlinie abgeändert.

Interessant ist das diese aktuelle Richtlinie durch den EU Kommissionspräsidenten Junker forciert wurde.

Aber wie war das nochmal mit Jean Claude Juncker als Premier in Luxemburg? Vergessen?

Das Internationale Konsortium von investigativen Journalisten mit Sitz in Washington hat eine monatelange Recherche koordiniert. Journalisten weltweit analysierten 28 000 Seiten bis dato geheimer Dokumente. Sie zeigen, wie Konzerne dank der Steueroase Luxemburg Milliarden an Steuern sparen - auf Kosten der europäischen Nachbarländer.

Im November 2014 veröffentlichten verschiedene Zeitungen hierzu Geheimdokumente welche belegten, dass internationale Konzerne sich mit Unterstützung der Luxemburger Regierung vor Steuerzahlungen in Milliardenhöhe drückten.

In Hunderten Fällen haben die Luxemburger Behörden zum Teil äußerst komplizierte Modelle genehmigt, die das Beratungsunternehmen Pricewaterhouse-Coopers (PwC) für Großkonzerne entwickelt hatte. Dabei waren Konzerne wie Amazon und Pepsi. Teilweise versteuerten die Konzerne Gewinne mit weniger als einem Prozent.

Von oben nicht nur abegesegnet sondern unterstützt!

Und solche Leute haben in der EU das Sagen und setzen auf der anderen Seite Richtlinien auf, zur Verpflichtung zum automatischen Austausch von Informationen im Bereich der Besteuerung, was jeden Bürger treffen wird.

Das passt nicht. Und ist wieder einmal Heuchlerisch!

In einem vernünftigen Gesellschaftssystem, wo die Gelder des Bürgers nicht verschwendet werden und dieser direkt mitentscheiden kann, wie diese verteilt werden und dieser Vertrauen in seiner Regierung hat, in solch einem System bräuchte man sich keine Gedanken über Steuerflucht zu machen und den Bürger ständig zu überwachen und zu kontrollieren.

Utopie? Heute vielleicht noch, aber auch weil es die klassische Politik so will!

Offen wird in Brüssel über eine Abschaffung des Bargeldes nachgedacht, auch hier werden wahrscheinlich die gleichen Floskeln kommen.
Steuerflucht, bessere Kontrolle.

Solche Richtlinien sind kleine Bausteine zu einer immer wieder stärker werdende Überwachung des Bürgers.

Wir sehen dies als Angriff auf die Freiheitsrechte der Bürger.

„Wer die Freiheit aufgibt um Sicherheit zu gewinnen, der wird am Ende beides verlieren.“

Hat Benjamin Franklin mal gesagt.

Gerade auch in Anbetracht der aktuellen Ereignisse, sollten wir uns hierzu Gedanken machen.

Wie bereits bei zahlreichen solchen Richtlinien, bleibt die Vivant Fraktion seiner Linie treu und wird diesen nicht zustimmen.

Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Michael Balter -